



Pressemitteilung

**Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland**
Ortsgruppe Hilden

Claudia Roth, Sprecherin
Krabbenburg 29
40723 Hilden
Tel. 02103 / 21727
Mobil 0176 / 316 733 68

24. Mai 2018

Straßen NRW stellt erste Planungen zum achtspurigen A 3-Ausbau vor **Stadt Hilden glänzt durch Abwesenheit**

Bei einem ersten Beteiligungstermin hat der Landesbetrieb Straßenbau NRW am 14. Mai 2018 Vorüberlegungen zum geplanten Ausbau der A3 auf acht Spuren zwischen Hilden und Opladen vorgestellt.

Eingeladen in die Außenstelle Köln waren Vertreter von Behörden und Umweltverbänden entlang der 15 km langen Strecke. Aus der Stadtverwaltung Hilden folgte allerdings niemand der Einladung. Damit verpassten die Verwaltungsmitarbeiter die Gelegenheit, sich aus erster Hand über die drohenden Folgen für ihre Bürgerinnen und Bürger zu informieren und ihre Belange in die weiteren Planungen einzubringen.

Für die BUND Ortsgruppe Hilden nahm das Sprecherteam Claudia Roth und Dieter Donner an der Veranstaltung teil. Sie machten deutlich, dass das Vorhaben auf erhebliche Widerstände bei Anwohnern und Umweltverbänden stoßen werde.

Und in der Tat bezeichnete der beauftragte Planer den Ausbau als ein „spannendes Projekt“. Denn entlang der Strecke treffe man entweder auf besiedelte Flächen oder auf Naturschutzflächen. Daher seien zahlreiche Konflikte vorprogrammiert.

In einem ersten Schritt soll bis Ende 2020 die Trasse bestimmt werden, die die größten Konflikte vermeiden soll. Hierzu sind folgende Lösungen denkbar: es wird jeweils eine Spur rechts und links angebaut („zweiseitige Variante“), beide Spuren werden rechts („Ostvariante“) oder beide Spuren werden links („Westvariante“) angebaut. Ein ausreichend großer, abschnittsweiser Wechsel ist möglich, so dass verschiedene Varianten kombiniert werden können.

Werden beide Spuren auf einer Seite angebaut, können unmittelbare Auswirkungen bis in rund 40 Meter neben dem heutigen Fahrbahnrand möglich werden: für zwei zusätzliche Fahrstreifen, Lärmschutzmaßnahmen, Baustraßen und Nebenanlagen (wie Regenrückhaltebecken).

Die so ermittelte Vorzugsvariante soll dann Gegenstand des weiteren Planfeststellungsverfahrens werden. Hierzu – und erst dann – ist gesetzlich auch eine Beteiligung der Öffentlichkeit vorgesehen.

Aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes ernüchternd war die Feststellung, dass weder Planungsbüro noch Planungsbehörde die Sinnhaftigkeit des Vorhabens an sich prüfen wollten. Der Ausbau sei ja mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 beschlossen, so dass sich die Frage nach anderen Lösungen überhaupt nicht mehr stellen, so der Vertreter von Straßen.NRW. Der BUND fordert aber nachdrücklich die Untersuchung der sog. „Nullvariante“, bei der kein Ausbau stattfindet, sondern über Verkehrslenkung (auch über die parallele A 59), Tempolimits oder die zeitweise Freigabe von Standstreifen eine verkehrliche Entlastung erreicht wird. Auf diese Weise müssten keine Privateigentümer enteignet oder Naturschutzgebiete zerstört werden, und der Verkehr könnte reibungsloser als heute laufen.

Der BUND ruft alle kritischen Bürger, insbesondere die vom Ausbau möglicherweise betroffenen Anwohner der Autobahn auf, schon frühzeitig gegen das Vorhaben anzugehen. Liegt erst ein Vorschlag für die Trasse vor, wird der Sinn des Gesamtprojekts nicht mehr in Frage gestellt. Daher ist es wichtig, dass Betroffene und Vertreter der Städte schon jetzt deutlich Position beziehen.

Kontakt: Claudia Roth und Dieter Donner (Email: claudia.roth@bund.net ; Telefon 02103 / 65030).